

Wien, am 4.10.2007

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel. 53 454/266
wilhelm.gloss@goed.at
G-702a/07 - Dr.G/Chv

Universitäten – Oberster Gerichtshof: Keine Mindestlohnregelung für wissenschaftliche Mitarbeiter

GÖD dazu: Das Fangnetz „Kollektivvertrag“ endlich finanziell aktivieren!

Der Dachverband der Universitäten und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst haben am 13. April 2007 die Verhandlungen zur Schaffung eines Kollektivvertrages für Universitätsbedienstete erfolgreich beendet. Am 16. April 2007 haben beide Sozialpartner den ausverhandelten Kollektivvertragstext Bundesminister Dr. Hahn mit dem Ersuchen übergeben, auf politischer Ebene die Finanzierung sicherzustellen.

Im Kollektivvertrag besteht für alle ArbeitnehmerInnen der Universitäten (wissenschaftliches, künstlerisches, allgemeines Universitätspersonal) eine Dienstordnung und eine Gehaltsordnung. Das vom Obersten Gerichtshof festgestellte Fehlen von Mindestlöhnen für das wissenschaftliche Personal wird mit dem In-Kraft-Treten des Kollektivvertrages beendet.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert daher die Universitäten auf, die Kostenberechnungen für den Kollektivvertrag ehebaldigst abzuschließen und der politischen Ebene für weitere Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Der Kollektivvertrag muss endlich zur arbeitsrechtlichen Realität an den Universitäten werden.

Rückfragenhinweis:

Dr. Wilhelm Gloss, Tel.: 53 454/266 DW